

1938

„Arisierung“ in Leipzig. Verdrängt. Beraubt. Ermordet.

Schlüsseljahr der „Arisierung“

Am 9. und 10. November 1938 brannten in ganz Deutschland die Synagogen. Jüdische Geschäfte und Wohnungen wurden angezündet, so auch das Kaufhaus Bamberger & Hertz in Leipzig. Nazihorden zerschlugen im ganzen Reich tausende Fensterscheiben, plünderten und mordeten. Nach offiziellen Angaben forderte die so genannte „Reichskristallnacht“ 91 Todesopfer, wahrscheinlich aber waren es viel mehr. Den Vorwand für die Gewaltorgie lieferte das Attentat des 17-jährigen Herschel Grynszpan auf den deutschen Diplomaten Ernst vom Rath am 7. November 1938 in Paris. Der NS-Staat machte die Juden für diesen „spontanen Ausbruch des Volkszorns“ verantwortlich, dessen Initiator wahrscheinlich der Reichspropagandaminister Joseph Goebbels war. Mit der „Verordnung über die Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit“ vom 12. November 1938 wurde ihnen die Zahlung von 1 Milliarde Reichsmark als Strafe und Wiedergutmachung für den angerichteten wirtschaftlichen Schaden auferlegt.

Der Beauftragte der NS-Regierung für den Vier-Jahres-Plan, Hermann Göring, entwickelte nun einen Vorschlag zur staatlich gelenkten „Arisierung“ der Wirtschaft. Mit dem Novemberpogrom begann damit eine neue Phase der Verfolgung der Juden im Dritten Reich. Das Jahr 1938 wurde zum Schlüsseljahr der fiskalischen Ausplünderung der Juden und ihrer endgültigen Verdrängung aus der Wirtschaft. Wo bislang noch das „freie Spiel der Kräfte“ und der Markt zu gelten schien, schaltete sich der Staat nun direkt in die „Arisierung“ ein. Die einträglichen Übernahmen von zumeist weit unter Verkehrswert gekauften jüdischen Firmen wollte der NS-Staat nicht länger privaten Wirtschaftakteuren überlassen. Die Staatskasse sollte ab jetzt viel stärker an den Gewinnen beteiligt werden.

Die Vorbereitungen für diese systematische, staatlich gelenkte Ausplünderung jüdischer Bürger begann schon im Frühjahr 1938. Zunächst verschaffte sich der NS-Staat einen detaillierten Überblick über die Zahl der noch existierenden jüdischen Unternehmen und über die vorhandenen Vermögenswerte der etwa 390 000 noch im Lande verbliebenen Juden. Das geschah u.a. mit Hilfe der „Verordnung gegen die Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe“ vom 22. April 1938, der „Verordnung über die Anmeldung des jüdischen Vermögens ab 5000 Reichsmark“ vom 26. April 1938 und der „Dritten Verordnung zum Reichsbürgergesetz“, die am 14. Juni 1938 in Kraft trat. Letztere bestimmte, dass Listen mit jüdischen Wirtschaftsunternehmen anzulegen seien. Ausgestattet mit solchen Verzeichnissen begannen die Devisenstellen und Finanzämter mit der Eintreibung der den Juden auferlegten Zwangsabgaben und Sondersteuern. An dieser Erfassung jüdischen Besitzes und der anschließenden Ausplünderung beteiligten sich eine Reihe von Behörden, Institutionen und Einzelpersonen: die Banken und Sparkassen meldeten die Kontoguthaben ihrer jüdischen Kunden, die Industrie- und Handelskammern sowie die kommunalen Gewerbeämter stellten ihre Kenntnisse über jüdische Firmen zur Verfügung, schließlich betätigten sich Wirtschaftsprüfer und Kunstsachverständige als Gutachter bei der Schätzung von Grundstücken, Häusern und Wohnungseinrichtungen. Dabei wurden auch ganze Kunstsammlungen und wertvolle Möbel erfasst und bei angemeldeter Auswanderung oder „Fluchtgefahr“ konfisziert. Diese Mobilien gelangten in die Leih- und Versteigerungshäuser, das wertvollere Raubgut, das als „nationales Kulturgut“ eingestuft wurde, aber auch in die Depots von Museen. Wer sich dieser staatlich organisierten und exekutierten Ausplünderung zu entziehen suchte, wurde von der Gestapo verfolgt und verhaftet. Die Erlöse aus den Versteigerungen und Zwangsverkäufen des Eigentums der Juden wurden auf so genannte „Sperrkonten“ überwiesen, auf die die Beraubten keinen Zugriff hatten. Die Finanzbehörden überwiesen schließlich die Guthaben, die konfiszierten Wertpapiere und Aktien an die Reichsfinanzverwaltung. Ende November 1938 waren in Leipzig nach Angaben der Industrie- und Handelskammer schon 1600 Firmen an „deutschstämmige“ Erwerber zwangsverkauft. Nur noch ganze 40 Industriebetriebe, 900 Großhandelsunternehmen und 450 Einzelhandelsgeschäfte befanden sich in jüdischem Besitz.

S. 20-21 aus:
Begleitbuch zur Wanderausstellung © Stadtgeschichtliches
Museum Leipzig und Autoren 2007 Herausgeber: Dr. Volker
Rodekamp, Direktor des Stadtgeschichtlichen Museums Leipzig
[http://www.juedischesleipzig.de/deutsch/ausstellung/
KatalogArisierung.pdf](http://www.juedischesleipzig.de/deutsch/ausstellung/KatalogArisierung.pdf)



Ruine der Hauptsynagoge,
Gottschedstraße,
nach dem November-
pogrom 1938

Zeitungsartikel,
1939
(Leipziger Neueste Nachrichten
vom 28.2.1939)



Brand im Kaufhaus Bamberger & Hertz,
Augustusplatz, 10.11.1938
(Leipziger Neueste Nachrichten vom
11. November 1938, S. 5)



Aktie Gebrüder Heine,
13. Juli 1938, Umbenennung
nach „Arisierung“
(Stadtgeschichtliches
Museum Leipzig)